

Annoncen:
 Annoncen-Bureau:
 In Posen außer in der
 Expedition dieser Zeitung
 (Schlesische Str. 133)
 bei C. G. Meißel & Co.
 (Schlesische Str. 14)
 in Breslau bei H. Spindler,
 in Glogau bei L. Streckand,
 in Dresden bei Emil Kahlitz.

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang

Annoncen:
 Annoncen-Bureau:
 In Berlin, Dresden,
 Breslau, Frankfurt a. M.,
 Hamburg, Leipzig, München,
 Stettin, Stuttgart, Wien
 bei G. L. Jander & Co.,
 Ganssberg & Vogler,
 Rudolph Wölfe.
 In Berlin, Dresden, Glogau
 beim „Jurnaldruckhaus“.

N^o 743

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
 scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
 Posens 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
 Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
 schen Reichs an.

Sonntag, 23. Oktober

(Erscheint täglich drei Mal.)

Am 23. Okt. die sechsgehaltene Seite oder deren
 Raum, wenn verhältnismäßig höher, sind an die
 Expedition zu senden und werden für die am folgenden
 Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
 Nachmittags angenommen.

1875.

Amtliches.

Berlin, 22. Oktober. Der König hat dem Kaiserlichen Ministerialrath zu Carlsruhe im Kreis Wonnegau das Allg. Ehrenkreuz verliehen. Die mit Verwaltung von Post-Baurathstellen beauftragten Beamten, und zwar: den Ober-Baurath Hermann in Berlin, den Bau-Inspektoren Badenhausen in Schwerin in Medienb., den Bau-Inspektoren Arnold in Karlsruhe i. B., den Schloss-Baurath Wölff in Stettin, den Baurath Cuno in Frankfurt a. M., den Bau-Inspektoren Wöring in Arnberg, den Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspektoren Kubaie in Erfurt, den Bezirks-Baurath Jopp in Dresden, den Landbaumeister Bruns in Breslau, den Landbaumeister Fischer in Hannover, den Landbaumeister Luderhans in Berlin und den Eisenbahn-Baurath Hinder in Königsberg i. Pr. zu Post-Baurath ernannt. Den General-Kommissionären Moser zu Stargard i. Pom., von Hofsch zu Münster und Wilhelm zu Kassel den Charakter als General-Kommissionären Präsidien verliehen.

Der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reichs die von dem Direktorium der Kirche ausübende Konfession in Strassburg vorgenommene Ernennungen des Pfarrers Franz Jakob Rong in Weiskirchen zum Pfarrer in Baitenheim, Bezirks Unter Elz, und des Pfarrers Adolf Stuber in Hambach zum Pfarrer in Schillingheim, desselben Bezirks bestätigt.

Der hies. Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspektor ernannt und demselben, unter Valsung in dem Verhältnis als Abth.-Baumeister bei dem Bau der Bahn von Berlin nach Nordhausen, eine entsprechende Stelle bei der Bahn in Saarbrücken zum Eisenbahn-Baumeister Karl Adolf Schmidt in Saarbrücken zum Eisenbahn-Baumeister und Betriebs-Inspektor ernannt und demselben die von ihm bisher kommissarisch verwaltete Stelle eines Vorstehers des hiesigen Eisenbahn-Bereichs der königl. Eisenbahn-Direktion daselbst nunmehr definitiv verliehen worden.

Der Kreisrichter Todt in Kyritz ist an das Kreisgericht in Landsberg a. W. versetzt. Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Gerichts-Assessor Kumpff bei dem Kreisgericht in Templin, mit der Funktion als Gerichts-Kommissarius in Zehdenick, der Ger.-Ass. von Kitzing bei dem Kreisgericht in Prenzlau, der Ger.-Ass. von Dömitz bei dem Kreisgericht in Bütow, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Rummelsburg, und der Ger.-Ass. Wundlich bei dem Kreisgericht in Bredow. Der Kreisgerichts-Rath Koehler in Genthin ist gestorben. Der Ref. von Werder aus Elberfeld ist zum Advokaten im Bez. des Appell. Gerichtshofes zu Köln ernannt worden.

Ueber den Aufenthalt Kaiser Wilhelms in Mailand

ist nachstehendes Telegramm eingetroffen:

Mailand, 22. Okt. Wegen des schlechten Wetters ist die für heute beabsichtigte Fahrt der beiden Monarchen nach Rom zum Besuche des Kommerces, für welche in Rom bereits die umfassendsten Vorbereitungen getroffen waren, aufgegeben worden. — Der General Petiti hat einen Tagesbefehl erlassen, in welchem er den Truppen, die am 19. d. an der großen Parade Theil genommen haben, davon Mittheilung macht, daß sich Se. Majestät der Kaiser sehr anerkennend über die vorzügliche Haltung der Truppen und den glänzenden Verlauf der Parade ausgesprochen habe. — Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, hat Se. Majestät der Kaiser Wilhelm den Prinzen Amadeus und Thomas, sowie dem General Cialdini den Schwarzen Adlerorden verliehen. Der Ministerpräsident Minghetti erhielt von St. Majestät dem Kaiser Allerhöchste Befehl und der Minister des Auswärtigen, Visconti Venosta, das Porträt des Kaisers zum Geschenk. Der gesamte militärische Hofstaat des Königs Viktor Emanuel hat Ordensverleihungen erhalten. — Wegen des schlechten Wetters hat Se. Majestät heute das Schloß nicht verlassen.

Ueber den Einfluß, den die Haltung Rumäniens auf die Entwicklung der türkischen Angelegenheit gehabt, geht der „N. A. B.“ von hochgeschätzter Seite aus dem beteiligten Lande ein Bericht zu, dessen Ausführungen in erster Linie dem Nachweise gewidmet sind, daß Rumänien durch seine korrekte Haltung sich um die voranschreitende gütliche Beilegung des herzegowinischen Aufstandes ein hervorragendes Verdienst erworben hat.

Unser Gewährsmann — so schreibt das genannte Blatt — konstatiert, daß die Besonnenheit und Würde, welche die Regierung des Fürsten Karl unter schwierigen Verhältnissen an den Tag gelegt, ihr die aufrichtige Anerkennung seitens der Völker eingebracht hat, so daß letztere, im Vertrauen auf die Loyalität Rumäniens, ihre dortige Grenze fast ganz von Truppen entblößen durften, und die auf solche Art disponiblen gewordenen militärischen Streitkräfte zur Sicherung exponirter Gebiete verwenden konnten. Wäre man in Konstantinopel hinsichtlich der in Zukunft herrschenden Verhältnisse hinlänglich beruhigt gewesen, so hätte man, um die Grenze gegen Rumänien militärisch zu sichern, eine Macht von mindestens 100000 Mann entsenden müssen, was für die Energie der Aktion auf dem eigentlichen Kampfplatze jedenfalls ungemein hemmend gewesen wäre. Die Festigkeit, womit Rumänien allen auf abenteuerliche Velleitungen abzielenden Versuchungen Trotz zu bieten wußte, läßt sich nach dem Dafürhalten unseres Korrespondenten erst dann in ihrer vollen Tragweite schätzen, wenn man sich vergegenwärtigt, wie schwierig es der Türkei fällt, den herzegowinischen Aufstand selbst innerlich der ihm zugehörigen engeren Grenzen wirksam zu bekämpfen. Unleugbar habe die staatskluge Politik der rumänischen Regierung viel zur Erhaltung des europäischen Friedens beigetragen und überhaupt der Ordnungssache im Orient einen großen Dienst erwiesen. Aus dem Gesagten folgert unser Korrespondent schließlich, daß der rumänische Staat, fern davon, ein Aufwands- und Unruheherd zu sein, dessen man ihn früher wohl angeklagt, im Gegentheil die Aufrechterhaltung von Ordnung und Frieden im europäischen Osten verbirgt und eventuell als Stützpunkt, welcher die europäische Union gegen Unruhen und Invasionen dienen kann, welche von jener Seite her allenfalls den Frieden Europa's bedrohen sollten.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 22. Oktober.

□ Zur Erklärung des Telegramms in unserer letzten Morgennummer, wonach der Kaiser auf ein Telegramm des Oberbürgermeisters Hobrecht dankend geantwortet, ist zu bemerken, daß der letztere folgende Depesche nach Mailand gerichtet hatte: An den Gesandten des deutschen Reichs Herrn von Reudell in Mailand.

Em. Excellenz bitte ich, Sr. Majestät, unserm Kaiser und Könige, den Ausdruck der innigen, lebhaften Theilnahme zu übermitteln, mit welcher Magistrat und Bürgerschaft von Berlin der Reise Sr. Majestät folgen. Die Kunde von der so sympathischen Aufnahme seitens des Königs von Italien Majestät und der dortigen Bevölkerung ist uns eine neue Bürgschaft dauernden Friedens.

Hobrecht.

Die darauf ertheilte telegraphische Antwort des Kaisers lautet vollständig:

Oberbürgermeister Hobrecht, Berlin.

Das von meinem Gesandten mir vorgelegte Telegramm erwidere ich mit dem Ausdruck aufrichtigsten Dankes für die Theilnahme, womit Sie mich nach Italien und den mir gewordenen Empfang beehren. Es ist mir besonders erfreulich gewesen, die schönen und erheben den Eindrücke der letzten Tage durch diesen Gruß aus Deutschland vermehrt zu sehen. Mit Ihnen erlaube ich in der von St. Majestät dem Könige von Italien und der Bevölkerung des befreundeten Landes mir gewordenen so überaus liebenswürdigen und herzlichen Aufnahme eine neue Bürgschaft des Friedens, um dessen Pflege und Erhaltung ich, wie Sie wissen, unablässig bemüht bin.

(ges.) Wilhelm.

— Einzelne Blätter machen gelegentlich der Meldung, Fürst Bischoff habe in einem eigenhändigen Schreiben an den König Viktor Emanuel sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß er wegen anhaltender Krankheit die Reise nach Mailand im Gefolge des Kaisers nicht habe unternehmen können, die Bemerkung: „Fürst Bischoff war zu diesem Schritt um so berechtigter, als ihm König Viktor Emanuel bei seiner hiesigen Anwesenheit vor zwei Jahren bei der Ueberreichung seines Bildes in höchst schmeichelhafter Weise auf der Rückseite schrieb: „Meinem lieben Vetter, dem Fürsten Bischoff.“ Dazu ist zu bemerken, daß Fürst Bischoff außer jenem Bilde auch den Annunziationorden vom König Viktor Emanuel erhielt, der bekanntlich dem Empfänger das Recht verleiht, sich „Vetter des Königs“ zu nennen und nennen zu lassen.

— Die „Magd. B.“ schreibt: „In unserer Finanz- und Geschäftswelt muthet man dem Bankdirektor Herrn v. Dechend gegenüber der rückläufigen Bewegung auf dem Geldmarkt eine Haltung zu, die wohl nur in der aufgeregten Phantasie der Spekulantentstehen kann. Man wollte wissen, die Kontingentierung der Notenausgabe solle einer Remede unterzogen und behufs dessen die Bank suspendirt werden. Um keinen Zweifel dagegen aufkommen zu lassen, daß Herr v. Dechend zu einer solchen Maßregel durchaus bereit sei, läßt man ihn auch auf anderen wirtschaftlichen Gebieten eine analoge Haltung einnehmen. So wird behauptet, daß er für die Verlängerung der Eisenzölle sei und zur Erzielung eines solchen Beschlusses auf den Bundesrath einwirke. Sonst eingeweihte Personen wissen nichts von Vorgängen dieser Art.“

— Die Geschäftsordnung für den deutschen Reichstag hat namentlich während der letzten Session mehrfache Veränderungen erfahren. Es ist jetzt durch den Bureau-Direktor des Reichstages, Geh. Rath Hoppel, eine berichtigte Ausgabe der Geschäftsordnung veranstaltet worden, welche dem Reichstage zur Annahme vorgelegt werden soll. Die späte Einberufung des Reichstages, schreibt die „N. A. B.“, verbunden mit der Thatsache, daß von den Vorlagen, die für ihn bestimmt sind, noch keine einzige wichtiger fertiggestellt ist, haben den Gedanken zu einem Vorschlage geweckt, auf den wir von befreundeter Seite aufmerksam gemacht werden. Es ist äußerst wünschenswerth, so sagt man, daß der Reichstag diesmal zu Weihnachten abschließen. In Preußen beginnen Anfang Januar die Provinziallandtage; von denselben müssen die Provinzialausschüsse und die Provinzialräthe gewählt werden, und es handelt sich darum, daß diese neuen Selbstverwaltungsorgane sich in ihre Aufgaben gehörig einleben. Ferner ist es dringend erforderlich, daß der preussische Landtag, ohne durch ein gleichzeitiges Tagen des Reichstages thatsächlich suspendirt zu werden, noch im Januar in seine Arbeit eintreten kann. Auch in Baiern und anderen deutschen Staaten rechnet man darauf, für die Angelegenheiten des eigenen Landes von Beginn des neuen Jahres an freien Spielraum zu haben. Andererseits ist der größte Werth darauf zu legen, daß die Beratung der Reichs-Gesetzgebung nicht bis in die letzten dem Ende der Legislaturperiode sich zuneigenden Wochen verschoben werde. Unter diesen Umständen empfiehlt sich folgender Vorschlag: Man beschränke sich in der jetzt kommenden Session auf die Beratung des Etats und einiger kleiner unaufschiebbarer Vorlagen, wie z. B. der Abänderung des Gesetzes über den Invalidenfonds, und lasse alle übrigen Entwürfe zurück, bis der Reichstag etwa im Mai zur Beratung der alsdann von der Kommission fertig gestellten Justizgesetze auf einige Wochen abermals zusammentritt. Soweit diese — natürlich möglichst kurz zu bemessende — Frühjahrsession von den Justizgesetzen nicht in Anspruch genommen wird, könnten alsdann noch diejenigen Vorlagen zur Verhandlung gelangen, welche bis dahin vom Bundesrathe überhaupt aufrecht erhalten werden und als reich für die parlamentarische Behandlung gelten können.

— Der „Germ.“ ist, wie sie ihren Lesern erzählt, aus Lippstadt dieser Tage folgende Einladung zugegangen:

„Wir beehren uns, Ew. Wohlgeboren zu dem am 21. Oktober d., Abends 7 Uhr im großen Saale des Hotel zu Bürenheim in Lippstadt stattfindenden Simchas-Thora-Festball ganz ergebenst einzuladen mit dem Bemerken, daß hierzu ein gemeinschaftliches Souper (à Couvert 2 Mark) vorbereitet wird. Um allen Anforderungen der geehrten Festtheilnehmer Rechnung tragen zu können, ist eine acht Tage vorher bei unserem Hotelwirth einlaufende Anmeldung zur Theilnahme sehr erwünscht. Lippstadt, im Oktober 1875. Hochachtungsvoll: Das Komitee.“

„Hierzu bemerkt die „Germ.“: Unserer Genugthuung über diese freundliche Einladung kann nur unser Bedauern darüber gleichkommen, daß wir augenblicklich gerade durch unsere Jubilarfeier zu sehr beschäftigt sind, um die Reise zum Simchas-Thora-Festball nach Lippstadt zu unternehmen. Wir würden uns so lieber diesen Simchas-Thora-Festball inklusive Souper à Couvert 2 Mark mitgemacht haben, als wir fest davon überzeugt sind, daß unser Erscheinen in der feilichen Versammlung wesentlich dazu beigetragen haben würde, dieselbe in eine „gehobene Stimmung“ zu versetzen. Leider aber müssen wir uns darauf beschränken, dem geschätzten Komitee unseren verbindlichsten Dank für seine Liebenswürdigkeit auszusprechen und ihm die Versicherung zu ertheilen, daß dieses Entgegenkommen uns ein Sporn sein soll, womöglich noch gründlicher als bisher auf alle Aeußerungen jüdischen Lebens und Treibens einzugehen, um der Gerechtigkeit nach jeder Richtung hin zu genügen.“

Breslau 21. Oktober. Zur kommissarischen Verwaltung des Bisthums verordnet ist, wie die „Schles. B.“ hört, ein Mitglied der hiesigen katal. Regierung in Vorschlag gebracht worden. Die Befestigung des Regierungskommissars dürfte allerdings erst nach erfolgter Behandlung des Absetzungsgesetzes an den bisherigen Fürstbischof zu erwarten sein. — In zweiter Instanz wurde, wie die „Schles. Volksz.“ berichtet, gestern gegen den Maurermeister Grunwald aus Zoblen a. B. verhandelt. Der Angeklagte hatte im katholischen Volksverein zu Zoblen die Enchiridion verlesen und war in Folge dessen in erster Instanz zu 75 M. Geldbuße verurtheilt worden. Gegen dieses Erkenntnis hatte der Angeklagte appellirt. Ober-Staatsanwalt Greif plaidirte nun gestern für Befestigung des ersten Erkenntnisses, da der Angeklagte, lediglich in der Absicht, Erörterung hervorzuheben, das Rundschreiben des Papstes vorgelesen habe. Der Gerichtshof schloß sich diesem Antrage an und bestätigte lediglich das Erkenntnis erster Instanz.

Wien, 19. Oktober. Wie gemeldet wurde, hat der famose Don Margotti ein „Gebet“ erfaßt, welches alle guten Katholiken während des Aufenthaltes des deutschen Kaisers in Italien täglich beten sollen. Das Organ des genannten Herrn, die „Unità Cattolica“, ermahnt die Frommen, ja nicht lässig zu sein, und die hiesigen katholisch-politischen Kasino's kommen dieser Mahnung willig nach. Sie beschloffen, obwar sie in Oesterreich und nicht in Italien sind, jenes „allen guten Katholiken“ empfohlene Gebet auch hier zu beten, und verpflichteten alle Kasinomitglieder, nicht nur selbst Don Margotti's Herzenserguß jeden Tag herabzulesen, sondern auch andere Gläubigen hierfür zu „gewinnen.“ Nachträglich wird man beim Paps hier um einen Ablass einkommen, der jedenfalls gezahlt werden dürfte. Ob sich Herr Margotti selbst eine Wirkung von seinem „Gebete“ verspricht, und ob es eine solche auf den Kaiser von Deutschland oder auf den König von Italien ausüben wird, sagt man nicht. Glücklicherweise ist Fürst Bischoff nicht nach Italien gegangen. Don Margotti hätte gewiß noch ein oder gar mehrere „Gebete“ geschrieben und unsere guten Kasinoten hätten um so viel mehr zu beten gehabt!

— Aus Prag wird heute gemeldet: Stroussberg's Waggonfabrik in Bubra lief diesen Sonntag Gefahr, von den Fabrikarbeitern demolirt zu werden. Am Sonntage ward ihnen nämlich kein Wochenlohn ausbezahlt, und so versammelten sie sich Tags darauf, etwa 900 an der Zahl, im Fabrikhofe und forderten mit Ungeheuer ihren Lohn. Die requirirte Polizei verhielt jede Ausschreitung, und die Arbeiter gingen auf Zureden der diensthabenden Beamten auseinander, nachdem man ihnen die Zusicherung gab, daß sie am Montag ausbezahlt werden sollten. Und richtig kam am Montag der rettende Geldbrief mit ca. 10000 Fl., welche Summe hinreichte, die Arbeiter zu befriedigen. Mit einigen bedeutenden Gläubigern unseres Plazes hat Stroussberg — so heißt es hier wenigstens — ein Arrangement dahin getroffen, daß sie die ablaufenden Aktepte viermonatlich prolongiren. Inzwischen ist Stroussberg gestern von hier nach Moskau gereist, um an dem dortigen Geldmarkt sein Glück zu versuchen!

Paris, 19. Oktober. Ueber die Rede, welche Herr Thiers vorgelesen vor einer großen Festversammlung in dem kleinen Saale des Arcaden bei Bordeaux gehalten und welche zur Zeit alle Welt hier beschäftigt, liegen bisher nur Analysen vor. Aus denselben ist zu entnehmen, daß Herr Thiers die in jüngster Zeit von den Klerikalen heftig angegriffenen Prinzipien des Jahres 1789 in Schutz nahm, daß er seine Zuhörer aufforderte, an den Errungenschaften der Revolution festzuhalten, da sie die Grundlage der Existenz für die modernen geselligen Zustände ganz Europa's bildeten. Wenn Frankreich von jenen Prinzipien einen maßvollen und weisen Gebrauch mache, so werde es an Bundesgenossen keinen Mangel leiden. Europa sei vernünftig: es werde für eine einsichtsvolle geleitete französische Republik stets Sympathien empfinden. Die am Ruder befindlichen Persönlichkeiten erinnere Dr. Thiers an das Versprechen, mit den gemäßigten Elementen aller Parteien zu regieren; und giebt zum Schluß der Hoffnung Raum, daß die, wie er sich schmeichelt, nahe bevorstehenden Wahlen einer konstitutionellen Majorität zum Siege verhelfen würden, welche im Stande sei, die Republik nach innen und außen zu kräftigen. Von den Theilnehmern des Banketts, ungefähr 200 an Zahl, wurden die Worte des ehemaligen Präsidenten der Republik mit stürmischem Beifall begleitet; die öffentliche Meinung des ganzen Landes, soweit sie republikanisch influenzt ist, wird nach Veröffentlichung des aufhe-

London, 21. Oktbr. Heute hat hier eine Versammlung der Inhaber von Obligationen der türkischen Staatsschuld aus den Jahren 1854, 1858 und 1871 stattgefunden. Den Vorsitz führte Palmer. Derselbe machte die Mittheilung, daß sein Haus bei der türkischen Regierung gegen jede Beseitigung der Garantien für die durch dasselbe emittirten Anleihen protestirt habe; der Großvezier habe jedoch diesem Proteste keine Beachtung geschenkt. Palmer schlug daher vor, ein Komitee zu ernennen, welches in Gemeinschaft mit dem Hause Dent, Palmer & Comp. an den von der englischen Regierung gepflogenen bezüglich Verhandlungen Theil nehmen soll. Rose konstatarie hierauf, daß gestern in Paris eine Privatversammlung von französischen Kontrahenten der türkischen Anleihen stattgefunden habe und daß die Theilnehmer an dieser Versammlung den Wunsch ausgesprochen haben, gemeinschaftlich

Uppland nicht unter good ordinary Jan.-Febr.-Verschiffung p. Segelschiff 7 d.

